



Antrag

der Fraktion PIRATEN

Umsetzung und Zwischenbilanz des Bildungs- und Teilhabepakets im Zweiten Sozialgesetzbuch

Der Landtag wolle beschließen:

Vorbemerkung: Das Bildungs- und Teilhabepaket zielt darauf ab, Kindern und Jugendlichen den uneingeschränkten Zugang zu Bildung und die gleichberechtigte Teilhabe an Bildungsangeboten sowie ein Mindestmaß an kultureller und sozialer Teilhabe zu ermöglichen. Dabei muss sich das verantwortungsbewusste sozialpolitische Handeln daran orientieren, die jungen Menschen in ihrer jeweiligen Lebensphase zu berücksichtigen und gesetzliche Hilfe so zu organisieren, dass sie die Betroffenen auch wirklich erreicht. Dabei ist ihnen und ihren Familien mit Respekt zu begegnen; jede Maßnahme sollte unbürokratisch, zielgenau und vollständig zu Gunsten der jungen Menschen umgesetzt werden. Im Vordergrund stehen soziale Gerechtigkeit und eine vorurteilsfreie Förderkultur ohne staatliche Diskriminierung. Kostensensitive Verwaltungsstrukturen, unterschiedliche Handhabung in verschiedenen Kreisen und kreisfreien Städten und damit einhergehende Reibungsverluste sind zu vermeiden.

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, zur 10. Tagung des Landtags einen schriftlichen Bericht mit einer Zwischenbilanz zur Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets für Kinder und Jugendliche vorzulegen.

Dieser Bericht möge insbesondere Auskunft über die Umsetzung der einzelnen Teilbereiche des Bildungs- und Teilhabepakets in der Bildungs- und Teilhabestruktur in den Kreisen und kreisfreien Städten geben, eine Darstellung des bürokratischen Aufwands beinhalten und Auskunft darüber geben, wie sich die tatsächliche Inanspruchnahme seit Inkrafttreten des Bildungs- und Teilhabepakets im Jahr 2011 in allen Teilaspekten entwickelt hat. Es wird darum gebeten, die regionalen Unterschiede bei der Umsetzung und der Inanspruchnahme darzustellen.

Begründung:

Seit der Einführung des Bildungs- und Teilhabepakets in das Zweite Sozialgesetzbuch im Jahr 2011 ist keine Bilanz auf Landesebene vorgelegt worden. Stattdessen reißt die Kritik an den Maßnahmen nicht ab. Es steht öffentlich die These im Raum, dass ein Großteil der Gelder unwirtschaftlich eingesetzt werde, die Gelder die Adressaten nicht erreichten und somit Effektivität und Effizienz des Bildungs- und Teilhabepakets in Frage gestellt sei.

Mit dem Bericht sollen die erforderlichen Daten öffentlich gemacht werden, die eine sachbezogene Debatte um die Förderstrukturen gerade für Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Schichten zu ermöglichen. Da die Behörden der Länder dafür zuständig sind, für die Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets zu sorgen, wird die Landesregierung gebeten, eine Zwischenbilanz dieser Maßnahmen öffentlich zu machen.

Torge Schmidt, MdL
und Fraktion